

Tretminen im Kleingedruckten

Von Michael Robrecht

HÖXTER (WB). Oft stecken die Tretminen im Kleingedruckten. Dürfen in Höxter und seinen zwölf Dörfern bald nur noch 30 neue Wohnungen oder Häuser pro Jahr gebaut werden? Alarm bei den Ratsparteien!

Der Regionalplan Ostwestfalen-Lippe ist ein dickes Zukunftsbuch mit vielen Regelungen, die die kommunale Planung für die nächsten Jahre massiv und nachhaltig beeinflusst. Grundsätzlich fand die Stellungnahme der Stadt zum Regionalplan OWL mit Anmerkungen zum Welterbe Corvey, zu Freiraumplanung, Naturschutz am Godelheimer See oder am Lüchtringer Weserbogen sowie zu Radverkehr, ÖPNV und Energieversorgung die Zustimmung des als „kleinem Rat“ in Corona-Zeiten tagenden Haupt- und Finanzausschusses. Als es jedoch um den Bedarf an Wohnbauflächen im nächsten Jahrzehnt ging, da schieden sich die Geister.

So mancher fühlte sich an die jüngste Debatte um den Feldzug der Grünen gegen den Bau weiterer Einfamilienhäuser erinnert. Im Passus der Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Neubauen heißt es: Für die Gesamtstadt, das heiße für die Kernstadt und die zwölf Ortschaften zusammen, gebe es nur noch eine durchschnittliche Marge von jährlich rund 15 Wohneinheiten in Neubaugebieten. Diese Größenordnung reiche vor dem Hintergrund des Baugeschehens in Höxter bei



Ist das Neubaugebiet in Ovenhausen das letzte seiner Art in Höxter und den zwölf Ortschaften? Im Regionalplan will die Mehrheit der Parteien eine Begrenzung auf 15 oder 30 neue Wohneinheiten nicht akzeptieren. In Ovenhausen wird eifrig gebaut. Fotos: Michael Robrecht

Weitem nicht aus. Hier solle deshalb mindestens die doppelte Anzahl entsprechend dem vollen Ersatzbedarf in Anrechnung gebracht werden, so die Stadt. Nur noch 30 neue Wohnungen oder Häuser pro Jahr in Höxter und 12 Ortschaften?

Georg Heiseke (UWG) schüttelte den Kopf. 15 oder 30, das sei doch viel zu wenig. 60 Wohneinheiten müssten es schon sein. Es

würde bei solchen Zahlen überhaupt nicht berücksichtigt, welche Entwicklung – auch durch die Coronapandemie – der ländliche Raum noch nehmen könne. Nicht Wegzug, sondern Zuzug sei plötzlich das Thema. Homeoffice, Rückkehrer, Zuwanderung aus Ballungsräumen wegen der hohen Preise – das alles bedeute mehr Bedarf an Neubauten.

BfH-Ratsherr Ralf Dohmann verwies auf die große Nachfrage nach Wohnraum allein in der Kernstadt Höxter. Junge Familien suchten sehr oft Wohnungen. Ins Auge fassen müsse man aber auch alte Dorfkerne.

Volker Bertram (Grüne) war auf Öko-Parteilinie, wenn auch nicht ganz so streng wie anderswo: Möglichst wenig neue Flächenversiegelung, so sein Credo. Die Bevölkerung im Kreis

und in Höxter werde um 16 Prozent sinken. Er sei gegen eine weitere Zersiedlung. Statt neu zu bauen müssten die Leerstände angegangen werden. Da müsse Wohnraum geschaffen werden. Es gelte, dass Dörfer unter

»60 Wohneinheiten müssten es schon sein. Es wird Zuzug geben im Kreis.«

Georg Heiseke

2000 Einwohnern keine Neubaugebiete mehr bekommen dürften.

Edison Buch (CDU) lehnte ein Festschreiben auf 15 oder 30 neue Wohneinheiten pro Jahr ab. Die Nachfrage nach Bauland gerade in der Kernstadt Höxter sei doch groß. Viele Familien und junge Leute bekämen zurzeit keine

Grundstücke und keine neueren Häuser zu kaufen. Höxter schlafe bei dem Thema, in Brakel werde dagegen großflächig gebaut: „Die laufen uns, wie andere Städte, den Rang ab. Da ziehen die Leute hin.“

Günter Wittmann (SPD) sieht den Verwaltungsvorschlag auf nur 30 neue Wohneinheiten pro Jahr als Minimum an. Bei den Neubauflächen müsse darauf Wert gelegt werden. Da sehe er sich eher bei den 60 der UWG. In den Dörfern würden Gebäude veröden, da müsse bei der alten Bausubstanz mehr passieren. Martin Kreuzer (FDP) meinte, dass die Regionalplanung nicht in Stein gemeißelt sei. Nach fünf Jahre würde das überarbeitet. Man müsse die Coronazeit-Auswirkungen und die Demografie, mit viel mehr Zuzügen, einkalkulieren.



Die Regionalplaner hätten gerne überwiegend Wohnungen in Altstädten (hier Höxter) und Dorfkernen, Neubauten sind verpönt.